

Jugendparlament: Mehrheit beschließt Zukunftssicherungsgesetz

Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung soll Gesetzesvorhaben prüfen

Wien (PK) – Das Jugendparlament sprach sich in seiner Sitzung mit Mehrheit für die Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung aus. Damit wird sichergestellt, dass Gesetzesvorhaben künftig auf ihre Auswirkungen auf Umwelt, Klima sowie die Zukunft von Kindern und Jugendlichen hin geprüft werden und die Ergebnisse des Rates dem Nationalrat zur Diskussion vorgelegt werden müssen. Nach zahlreichen Änderungen durch den Ausschuss des Jugendparlaments wird die Österreichische Akademie der Wissenschaften damit beauftragt, 13 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 19 Jahren, 6 WissenschaftlerInnen und 6 ExpertInnen aus Nichtregierungsorganisationen auszuwählen und einen 25-köpfigen Rat zu bilden, der Stellungnahmen zu Gesetzesinitiativen auf Bundesebene ausarbeitet.

Die Abgeordneten zum Jugendparlament veranlassten in ihrem Abänderungsantrag, dass die Jugendlichen über eine Mehrheit im Rat verfügen und nicht durch ein Zufallsverfahren, sondern auf Basis von Bewerbungen in den Rat gewählt werden. Außerdem legten sie für die Aufnahme in den Rat eine Altersbeschränkung von 14 bis 19 Jahren fest.

Die vier Klubs des Jugendparlaments brachten während der Plenarsitzung außerdem zahlreiche Entschließungsanträge zu umweltpolitischen Themen ein und machten mit mehrheitlichen Beschlüssen das klubübergreifende Bekenntnis zur Dringlichkeit wirksamer Maßnahmen deutlich.

Klubübergreifender Konsens: Wirksame Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen können nicht warten

Barbara Kalanyos trat als erste Rednerin der Debatte zur Nachhaltigkeit für den Klub Orange "Bildung und Wissen" an das Rednerpult und erinnerte in ihrer Wortmeldung an den täglichen Ressourcenbedarf jedes Menschen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt. Wichtig sei für den Klub Orange außerdem gewesen, dass der Rat nach zwei und nicht wie in der Regierungsvorlage vorgesehen nach drei Jahren neu gewählt wird.

Lisa Spielvogel und Elisa Landerl bemängelten für den Klub Grau die undefinierte Altersgrenze in der ursprünglichen Gesetzesvorlage, zeigten sich aber gemeinsam mit den Rednern des gelben Klubs "Miteinander und Gemeinschaft" einer Meinung darüber, dass die Initiative zur Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung grundsätzlich positiv zu bewerten sei und einen Schritt in die richtige Richtung darstelle. "Öffnet die Augen, es gibt keinen Planet B", so der Appell von Spielvogel und Landerl, die alle Jugendlichen in der Pflicht sehen, wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht.

Zehra Babuscu vom Klub Gelb hob in ihrer Rede wichtige Änderungen der Gesetzesvorlage durch den Ausschuss hervor: Die Verkleinerung des Rates von 36 auf 25 Mitglieder, die Zusammensetzung aus ExpertInnen und WissenschaftlerInnen sowie die Altersbegrenzung seien wichtige Ergänzungen. Leandra Panhauser, stellvertretende Vorsitzende des Klub Violetts "Sicherheit und Verantwortung", stimmte in ihrer Stellungnahme mit ihren VorrednerInnen überein und betonte die hohe Relevanz des Themas Nachhaltigkeit für die Zukunft.

Selina Schletz erinnerte in ihrer Wortmeldung für die Orangen an die Erderwärmung und forderte angesichts der damit verbundenen Auswirkungen auf die Gletscher sowie die Tier- und Pflanzenwelt dringendes Handeln von Seiten der politischen

VerantwortungsträgerInnen. Mario Lindner, Baran Akyildiz, Melanie Santos (Klub Gelb) und Leonie Langeder (Klub Violett) nutzten ihre Redebeiträge, um die intensive Zusammenarbeit in den Ausschüssen zu loben und hoben den Wert einer eigenen Meinung beim Finden von Kompromissen hervor. Akyildiz erinnerte in diesem Zusammenhang an die zahlreichen Lücken, die die ursprüngliche Version des Zukunftssicherungsgesetzes aufgewiesen habe und warb angesichts der zahlreichen im Ausschuss erarbeiteten Verbesserungen für eine breite Zustimmung im Plenum.

Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung mit zahlreichen Änderungen beschlossen

In der zweiten Debatte auf der Tagesordnung des Jugendparlaments wurde der vorliegende Entwurf des Zukunftssicherungsgesetzes samt der im Ausschuss vorgenommenen Änderungen intensiv von den jungen Abgeordneten diskutiert. Dominika Gashi argumentierte für den Klub Orange, dass im Interesse des Minderheitenschutzes die Auswahl der 13 Jugendlichen für den Rat nicht proportional zur jeweiligen Einwohnerzahl des Bundesländer, sondern unabhängig davon getroffen werden sollte. Sie drückte ihr Bedauern darüber aus, dass der Ausschuss in dieser Angelegenheit zu keinem Kompromiss gefunden hat und kündigte an, ihr Klub werde dem Zukunftssicherungsgesetz daher trotz guter Ansätze nicht zustimmen.

Emin Celepci (Klub Grau) brachte in seiner Wortmeldung die Hoffnung zum Ausdruck, dass Politiker aller Fraktionen die im Rat erarbeiteten Stellungnahmen ernstnehmen werden. Murat Soyuyigit (Klub Gelb) lobte die im Ausschuss beschlossene Reduktion der Mitgliederzahl auf 25 Personen und Fiona Riess von den Violetten hob die Wichtigkeit der vom Ausschuss beschlossenen Änderung hervor, wonach die Verpflichtung, die vorsah, dass alle Gesetze vom Rat kommentiert werden müssen, aufgehoben wurde. Die Koalition mit dem gelben und grauen Klub habe ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitsprache einräumt, so Riess.

Eren Polat von den Orangen zeigte sich in seiner Rede enttäuscht darüber, dass im Ausschuss keine Mehrheit für eine Frauenquote gefunden werden konnte und bemängelte das Fehlen von gesetzlichen Angaben zur Finanzierung des Rates. Karim Gaishofer (Klub Grau) verteidigte das vorliegende Gesetz wiederum. Die im Ausschuss beschlossenen Änderungen sorgten dafür, dass die Jugendlichen im Rat über die Mehrheit verfügen werden, wobei die überzeugendsten Bewerbungen und nicht ein Zufallsverfahren die Teilnahme am Rat ermöglichten. "Wir bilden die Mehrheit und damit die Zukunft", so Laura Manaj, Ausschussvorsitzende der Gelben, die zusammen mit Natalia Czubernat (Klub Gelb) und Omid Ramazani (Klub Violett) die Reduktion der Mitgliederzahl auf eine ungerade Zahl und die Auswahl der Jugendlichen proportional zur Einwohnerzahl in den Bundesländern als wichtige Ergänzungen lobte. Samuel Eibl (Klub Grau) sah mit der Wahl des Rates alle zwei Jahre und der Verpflichtung des Nationalrats, alle Stellungnahmen des Rates auf seine Tagesordnung zu setzen, wichtige Anliegen seines Klubs in das Zukunftssicherungsgesetz aufgenommen.

Für Alina Klöckl und Daniel Mair vom Klub Orange sollte die Teilnahme am Bewerbungsverfahren zwischen 14 und 23 Jahren möglich sein. Klöckl argumentierte, dass 14-Jährige bereits die Pflichtschule absolviert hätten und ihnen die Mitgliedschaft bei gemeinnützigen Organisationen offenstehen würde, während eine Altersgrenze von 23 Jahren auch Studierenden die Bewerbung ermöglichen würde. Mair bedauerte wiederum, dass im Ausschuss keine Einigung auf eine Geschlechterparität möglich war und stellte in seinem Redebeitrag zur Diskussion, ob die Regelung, wonach die Jugendlichen gemäß der Einwohnerzahl ihres Heimatbundeslandes ausgewählt werden, dazu führte, dass die

kleinsten Bundesländer keinen Jugendlichen in den Rat entsenden können. Er verglich den Rat angesichts der Abschaffung verpflichtender Stellungnahmen durch den Ausschuss mit einem Freizeitklub, nach dem Motto "Alles kann, nichts muss" und schloss mit den Worten: "How dare you?"

Jugendparlament beschließt weitere Maßnahmen zum Klimaschutz

Mit zahlreichen Entschließungsanträgen zu umweltpolitischen Themen trugen die jungen Abgeordneten die Aufforderung an die Regierung heran, konkrete Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen. Weitere Anträge betrafen den geplanten Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung.

Ein Antrag des gelben Klubs sieht vor, dass nach Ablauf der zweijährigen Funktionsperiode des Rats die verwendeten Arbeitsmittel und die Ausstattung sowie die Zusammensetzung des Rates evaluiert werden. "Es muss sichergestellt werden, dass der Rat die gesamte Funktionsperiode über gut arbeiten kann", so Gia Zeiss (Klub Gelb). Ein zweiter Antrag der Gelben hat eine ähnliche Stoßrichtung und zielt darauf ab, ausreichend Equipment für den Rat zur Verfügung zu stellen. Weiters dürfen für die Kinder und Jugendlichen keine Kosten bei der Ausübung ihrer Funktion als Ratsmitglieder anfallen. Beide Anträge wurden mit Mehrheit angenommen.

Mit den Stimmen des grauen und orangen Klubs wurde außerdem ein Antrag auf Änderung des Bundesministeriengesetzes zur Bündelung aller umwelt- und klimapolitischen Themen in einem Ministerium für Umwelt- und Klimaschutz angenommen.

Ebenfalls auf Zustimmung stieß im Plenum ein Antrag des orangen Klubs auf Einführung eines Schulfachs für Klimaschutz und Nachhaltigkeit ab dem Schuljahr 2020/21. Der Antrag sieht den Unterricht für die 7. und 8. Schulstufe vor.

Abgelehnt wurde hingegen ein Antrag der Violetten zur Erneuerung des Schulsystems. Caroline Mauerkirchner (Klub Violett) argumentierte, dass SchülerInnen im Unterricht dabei unterstützt werden sollten, clever und mitmenschlich zu denken, bloßes Auswendiglernen sei nicht zielführend. Sie erwähnte in diesem Zusammenhang das finnische Schulsystem als Vorbild.

Von den Abgeordneten ebenfalls mehrheitlich abgelehnt wurde ein Antrag der Violetten, der die Verwendung von Laptops statt Heften im Unterricht als umweltschonende Alternative vorsieht. Die SchülerInnen sollen durch die im Antrag vorgesehene Maßnahme davor bewahrt werden, Unterrichtsmaterialien zu vergessen oder unleserlich zu schreiben. Ein Argument, das ein Vertreter des orangen Klubs nicht nachvollziehen konnte, schließlich seien Laptops durch die darin verbauten Akkus nicht umweltschonender als Papier und könnten nach eigener Erfahrung auch vergessen werden. (Schluss) ten